



Geld gegen Energievergeudung

Förderung. 100 Mill. Euro zur Senkung des Energieverbrauchs alter Gebäude seien gut, sagen Experten und WKÖ.

Sie fordern schärfere Gesetze.

WIEN (SN). Geht es nach Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner wird es ab nächstem Jahr wieder einen Sanierungsscheck geben. Abhängig vom Budget würden rund 100 Mill. Euro vom Bund zur Förderung von Dämmmaßnahmen, neuen Fenstern oder modernen Heizsystemen zur Verfügung gestellt. Aus Sicht der Umweltschutzorganisationen aber auch der Wirtschaftskammer ist die Wiederaufnahme von Förderungen für thermische Sanierung zwar erfreulich, greift aber zu kurz. Notwendig sei auch ein stabiler gesetzlicher Rahmen, damit die Wirtschaft Investitionsentscheidungen treffen könne, sagt der Leiter der Umweltabteilung der Wirtschaftskammer (WKÖ), Stephan Schwarzer.

Die Umsetzung der Energiestrategie, in der unter anderem vorgesehen ist, die Rate der Gebäudesanierung von derzeit einem auf drei Prozent zu steigern, lässt aber auf sich warten. Hier sind, wie fast immer bei Energiethematen, die Länder zuständig und wie schon in der Vergangenheit säumig. Laut Wirtschaftsministerium gibt es aber Bemühungen, einheitliche Standards etwa bei

Energieeffizienz zu erreichen. Um die Sanierungsquote tatsächlich auf 60.000 Gebäude pro Jahr zu verdreifachen, müsste nach Ansicht von Experten jedenfalls die Wohnbauförderung wieder zweckgebunden und stärker auf Sanierungen ausgelegt werden. 2008 flossen von rund drei Mrd. Euro Wohnbauförderung nur zehn Prozent in die – nicht nur thermische – Verbesserung bestehender Gebäude. Hier wäre ein enormer Hebel, sind Energieexperten überzeugt. Es gibt auch hier Bewegung: So hat etwa Salzburg ein eigenes Programm zur Fassaden- und Fenstersanierung aufgelegt.

Die Grünen haben erst in der

Vorwoche eine parlamentarische Anfrage zum Thema thermische Sanierung eingebracht. Darin wird die schlechte Datenlage und die schleppende Umsetzung der Maßnahmen kritisiert. „Das ist eine Förderung für die eigene Geldtasche und auch für das Budget“, ist Bautensprecherin Gabriela Moser überzeugt. Denn mit einer Generalsanierung könnten rund

70 Prozent der Heizkosten eingespart werden, speziell bei Gebäuden, die zwischen 1950 und 1980 gebaut wurden und etwa die Hälfte des gesamten Immobilienbestands ausmachen. Zugleich seien die Rückflüsse über Mehrwertsteuer und Beschäftigungseffekte höher als die Förderung von zuletzt maximal 20 Prozent der Investitionen, sagt Moser.

2009 wurden mit 61 Mill. Euro Fördervolumen für den privaten Sektor Investitionen von rund 485 Mill. Euro angestoßen und etwa 14.000 Gebäude teilweise oder ganz saniert.

Druck in Richtung Sanierung kommt auch aus Brüssel. Die im Juli verschärfte EU-Gebäuderichtlinie, die binnen zwei Jahren umgesetzt werden muss, schreibt unter anderem vor, dass ab 2013 in Immobilieninseraten auch die Energieklasse des Hauses ausgewiesen werden muss. In Österreich ist zwar schon jetzt ein Energieausweis für ein Objekt, das verkauft oder vermietet wird, Vorschrift, ebenso wie für öffentliche Gebäude. Bei Verstößen gibt es aber keine Sanktionen. „Der Energieausweis, so wie er ist, ist nur eine unzureichende Annäherung“, sagt Walter Hüttler von der Energieberatung E7. Davon werde ein Gebäude nicht besser. Mit der Verschärfung der EU-Richtlinie wird das korrigiert. Zudem dürfen ab 2020 in der EU nur noch Nullenergiehäu-

ser (Klasse A) gebaut werden.